

Letzte Mahnung

an die

Wähler des 6. Reichstagswahlkreises!

Am 16. Juni sollt Ihr an die Wahlurne treten und zum ersten Male wirklich geheim und ohne sozialdemokratischen Terrorismus wählen.

Könnt Ihr einem Sozialdemokraten Eure Stimme geben?

Könnt Ihr Leute wählen, die sich nur vom Schweiß der Arbeiter mästen, die niemals etwas für die Arbeiterschaft oder für das Volk getan haben, in deren Unternehmungen die größte Ausbeutung der Arbeiter stattfindet?

Nein! Ihr könnt keinen Sozialdemokraten wählen!

Die Sozialdemokraten sind nur „negativ“, nicht „positiv“, sie beschimpfen nur alle bestehenden Staatseinrichtungen, haben aber noch niemals sagen können, wie sie es besser machen wollen.

Was hat die Sozialdemokratie im Reichstag für die Arbeiter getan?

Die Sozialdemokratie hat gegen alles gestimmt, was den Arbeitern Erleichterung und Nutzen schaffen, und eine Menge schlechter Zustände beseitigen sollte, so im Jahre

- 1883 gegen die Krankenversicherung,
- 1884 gegen die Unfallversicherung,
- 1889 gegen die Invaliditätsversicherung,
- 1890 gegen die Gewerbegerichte,
- 1891 gegen das Arbeiterschutzgesetz,
- 1891 gegen die 1. Börsensteuervorlage,
- 1892 gegen die 2. Börsensteuervorlage,
- 1895 gegen das ganze Börsengesetz,
- 1895 gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb,
- 1896 gegen das Wuchergesetz,
- 1898 gegen den Krankenversicherungsnachtrag;

somit gegen alles, was zum Wohle für die arbeitenden Klassen vorgeschlagen wurde. Einer solchen Partei sollte auch der denkende Arbeiter in Stadt und Land seine Stimme nicht geben. Alle die alten armen Leute, die heute Rente beziehen, würden die Rente nicht beziehen, wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre.

Wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, so würden die im Bürgerlichen Gesetzbuch enthaltenen vorteilhaften Bestimmungen für Dienstboten und Landarbeiter nicht Gesetzeskraft erlangt haben, denn die Sozialdemokratie hat gegen das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

Ein früherer Agitator der Sozialdemokratie, Franz Friede, schreibt: Die Konsumvereine Löbtau, Striesen, Niedersieditz, Kötzschenbroda und Weinböhta, in deren Verwaltungen hervorragende Sozialdemokraten sitzen, bedienen sich bei der Vergabe von bestimmten Arbeiten sogar schon — der Gefängnisarbeit. Ich kann zunächst nicht behaupten, daß man jenem Unternehmer diese Arbeiten übergab trotz und weil er dieselben im Gefängnis fertigen läßt, aber eins ist sicher: es handelt sich hier um den billigsten Unternehmer,

und dem übergab man die Arbeiten (Düten, Papierbeutel), unbekümmert darum, auf welche Weise dieselben fertiggestellt werden.

In einer in Halle abgehaltenen Generalversammlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen sozialistischer Konsumvereine wurde darüber geklagt, daß in diesen Vereinen die gewöhnliche Geschäfts- und Arbeitszeit, von 61 bis 96 Stunden, also täglich bis zu 16 Stunden währte. In den sozialdemokratischen Konsumvereinen des Königreichs Sachsen mußte sogar, wie in einer Versammlung der Lagerhalter in Chemnitz bekannt wurde, wöchentlich bis zu 98 Stunden, d. h. täglich über 16 Stunden gearbeitet werden. In einer Ende Januar 1901 veranstalteten Zusammenkunft der Konsumvereins-Lagerhalter der Provinz Brandenburg wurde festgestellt, daß die Arbeiter-Konsumvereine der Provinz durchschnittlich Stundenlöhne von 18 bis 23 Pfennigen zahlten. Ein Redner erklärte, daß sich ein Sturm der Entrüstung in der gesamten Arbeiterpresse erheben würde, wenn ein Privat-Unternehmer seine Angestellten so niedrig lohnen würde. Nicht anders wie mit den Löhnen verhielt es sich mit den übrigen Arbeits-Bedingungen. Die Zustände in den brandenburgischen Konsumvereinen waren so skandalös, daß die Angestellten, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, einen Aufruf im „Vorwärts“ veröffentlichten, in dem über „unwürdige Behandlung“ Beschwerde geführt wurde.

Die Sozialdemokratie und der Zolltarif.

Mit dem Brotwuchergeheiß geht die Sozialdemokratie haufieren.

Wahrheit ist, daß bereits im Jahre 1885 die Getreidezölle verdreifacht wurden und die Preise zurückgingen. Im Jahre 1887 wurden die Zölle von 3 auf 5 Mark heraufgesetzt, also auf den jetzt feststehenden Satz, und die Preise stiegen keinen Pfennig. Wohl aber trat ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, wie nie zuvor.

Zu keiner Zeit sind das Getreide und das Brot so billig gewesen wie in den letzten zehn Jahren — trotz der Zölle. Dagegen haben wir unter der Herrschaft des Freihandels in den siebziger Jahren Hungerlöhne und hohe Brotpreise gehabt.

Die Sozialdemokratie hat gegen alle Luxussteuern gestimmt.

In der Zolltarifkommission haben die Sozialdemokraten für folgende Gegenstände Zollfreiheit beantragt: Seidene Stoffe, Seft, Anstern und Kaviar, Bärenschinken, Champignons, fremde Vitore, Parfümerien usw.

So sieht die Steuerentlastung der schwächeren Schultern in sozialdemokratischer Beleuchtung aus.

Der frühere Abgeordnete Horn hat bei der Abstimmung über den Zolltarif überhaupt geschwänzt.